

PosiTion

Editorial

Im Frühling hat der Bundesrat beschlossen, die Regeln im Postmarkt zu überdenken und dabei verschiedene Liberalisierungsszenarien für die Post zu evaluieren. Gleichzeitig sollte die aktuelle Organisationsform der Schweizerischen Post hinterfragt werden. Unter Postmarkt werden dabei der KEP-Markt (Kurier, Express, Pakete) sowie der Briefmarkt verstanden. Der Verband KEP&Mail nimmt diese wichtige Debatte zum Anlass, aus Sicht der privaten Anbieter im Postmarkt Stellung zu beziehen und Zusammenhänge aufzuklären. Der Newsletter *PosiTion* ist das neue offizielle Sprachrohr des Verbandes und wird in Zukunft dreibis viermal pro Jahr erscheinen. Er kann demnächst auch auf der neuen Website www.kepmail.ch direkt abonniert werden.



Peter Sutterlüti, Präsident

Neues Postgesetz – Chance für Kunden und Marktteilnehmer

Wenn über neue Regeln im Postmarkt nachgedacht wird, müssen die Kunden und die Volkswirtschaft als Ganzes im Vordergrund stehen. Es braucht Rahmenbedingungen, die den Markt dynamisieren und neue innovative Dienstleistungen ermöglichen. Nur so können für die Kunden attraktive Angebote mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis geschaffen werden, die auch volkswirtschaftlich einen Gewinn bringen.

Der Tatbeweis für eine erfolgreiche Liberalisierung im Interesse der Kunden ist auch in der Schweiz bereits erbracht. Seit der Paketbereich im Jahr 2004 geöffnet wurde, sind viele neue und flexible Kundenangebote entstanden. Dazu gehören Abholdienste für Pakete, die Sendungsverfolgung und individuelle und flexible Zustellformen. Ohne Wettbewerb würden sie nicht existieren. Diese Marktdynamik muss nun dringend auch auf den Briefmarkt übertragen werden – durch eine konsequente und grosszügige Liberalisierung. Letztlich gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder wird die aktuelle Situation zementiert und jede Entwicklung verhindert. Oder aber den privaten Unternehmen wird genügend Raum für Investitionen und Innovationen gegeben, sodass sie auch im Briefbereich attraktive und wettbewerbsfähige Leistungen im Interesse der Kunden und des Wirtschaftsstandortes Schweiz anbieten können. Die WIK-Studie, die der Postregulator im vergan-

genen Jahr publiziert hat, weist klar nach, dass sich die Liberalisierung auch positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt hat. Bereits die heutige bescheidene Marktöffnung in der Schweiz hat dazu geführt, dass die privaten Anbieter weit über 3000 Arbeitsplätze schaffen konnten.

Auf den 1.4.2006 wurde die Monopolgrenze für Briefe von 1 kg auf 100 g gesenkt. Dies ist der Annahme, dass sich der Wettbewerb weiter intensiviert und sich neue Firmen im Briefmarkt über 100 g etablieren können. Dies ist, wie der Verband KEP&Mail schon damals vorausgesagt hat, nicht eingetreten: Die Absenkung der Gewichtslimite hat bisher überhaupt keine Bewegung in den Markt gebracht, weil sie ungenügend und unattraktiv ist. Mit der Marktöffnung über 100 g wurden nur gerade 11% der gesamten Briefmenge für den freien Wettbewerb zugänglich. Wenn sich, wie die Erfahrung zeigt, private Anbieter davon höchstens einen Marktanteil von 5% sichern können, ist dies eindeutig zu wenig. Ein Zustellvolumen von 60000 Briefen pro Tag reicht nicht aus, um private Unternehmen zu motivieren, in den Briefpostbereich zu investieren. Denn die Briefverteilung verlangt eine sehr feinmaschige Auslieferungsstruktur, die mit entsprechend hohen Anfangskosten in ein Zustellnetz verbunden ist.

Das äusserst zögerliche und zurückhaltende Öffnungsszenario der Schweiz stammt aus einer Zeit, als noch nicht bekannt war, dass der Universaldienst für die Schweizer Post in hohem Masse Gewinn bringend ist und damit die Grundversorgung in sehr komfortabler Weise finanziert ist. Die EU-Kommission hat bereits auf 2009 die vollständige Aufhebung der Postmonopole beschlossen. Die Schweiz tut gut daran, den Anschluss nicht zu verpassen und den Postinselstatus aufzugeben, zugunsten der Kunden und der Volkswirtschaft.

Liberalisierungsmonitor

Die Schweiz als Schlusslicht: Gewichtsgrenzen für die freie Briefbeförderung in Europa

Land	Monopol heute	Nächste Schritte
EU (Deutschland und andere EU-Länder)	50 g seit Anfang 2006	Vollständige Aufhebung auf 2009 (Beschluss EU-Kommission)
Schweden	Vollständige Marktöffnung bereits realisiert	
Finnland	Vollständige Marktöffnung bereits realisiert	
Schweiz	100 g seit April 2006	unbestimmt

Vorstand KEP&Mail

Präsident

Peter Sutterlüti
Geschäftsführer
simpuls ag
Thunstrasse 17
3000 Bern 6

Mitglieder des Vorstands

Dr. Jean-Noël Rey
Vizepräsident
DPD (Schweiz) AG
Sonnentalstrasse 5
8600 Dübendorf

Dr. Martin Müller-Duysing
Managing Director
DHL Express (Schweiz) AG
St. Jakobs-Strasse 222
4002 Basel

Marcel Tüscher
Vorsitzender
der Geschäftsleitung
NES AG
Moosmattweg 1
4704 Niederbipp

Impressum

Herausgeber
Verband KEP&Mail
Thunstrasse 17
Postfach 343, 3000 Bern 6

Verantwortlich
Peter Sutterlüti,
Präsident KEP&Mail
Tel. 031 357 38 57
Fax 031 357 38 58
E-Mail: position@kepmail.ch
www.kepmail.ch
(demnächst in Funktion)

Konzept und Redaktion
Thomas C. Maurer & Partner, Bern

Gestaltung
Scarton + Stingelin, Liebefeld Bern

Druck
Druckerei Glauser AG, Fraubrunnen

KEP&Mail *Position* erscheint
drei- bis viermal pro Jahr
und ist auch in elektronischer
Form erhältlich.

Vorurteile und Tatsachen: die privaten Postanbieter auf einen Blick

Falsch ist,
dass die privaten Postdienstleister
Rosinenpickerei betreiben und
nur in den Ballungszentren aktiv
sind.

Richtig ist vielmehr,
dass die KEP&Mail-Firmen die Dienstleistungen
im Logistikmarkt mit innovativen und individuellen
Kundenlösungen vervollständigen. Sie bauen
ihr Leistungsangebot ständig aus und sind schon allein
aus Konkurrenzgründen darauf angewiesen,
ihren Kunden flächendeckende Angebote zu machen.

Falsch ist,
dass die privaten Postdienstleister
Lohndumping machen und
Gesamtarbeitsverträge (GAV)
ablehnen.

Richtig ist vielmehr,
dass die KEP&Mail-Firmen branchenübliche Löhne
bezahlen. Diese betragen für Vollzeitangestellte
mindestens 40 000 Franken pro Jahr. Oft liegen sie
aber deutlich darüber. Mit dem Subunternehmersystem
offerieren die Firmen zudem besonders attraktive
Verdienstmöglichkeiten, insbesondere auch ausserhalb
von Ballungsräumen. Einzelne Firmen haben bereits
einen GAV, andere werden nachfolgen. Alle halten
sich an die einschlägigen branchenüblichen Arbeits-
bedingungen.

Falsch ist,
dass die privaten Postdienstleister
die Schweizerische Post unter
Konkurrenzdruck setzen
und damit die Schliessung von
Poststellen und einen Personal-
abbau erzwingen.

Richtig ist vielmehr,
dass die KEP&Mail-Firmen nicht die Ursache für
den Strukturwandel der Branche sind. Dieser ist vielmehr
eine Folge der veränderten Kundenbedürfnisse und
der europaweiten Liberalisierung. Dazu kommt
die rasante technologische Entwicklung im Bereich
von Logistik und Kommunikation.

Falsch ist,
dass die privaten Postdienstleister
Agenten der grossen europä-
ischen Postmonopolisten sind,
die den lukrativen Schweizer
Markt unter sich aufteilen wollen.

Richtig ist vielmehr,
dass der KEP&Mail-Markt neben den Töchtern ausländi-
scher Postdienstleister auch unabhängige und innovative
Schweizer Unternehmen umfasst. Der Markt funktioniert,
und zwischen den Anbietern herrscht ein strenger
Wettbewerb. Dies hat zu den heutigen kundengerechten
Angeboten geführt.

Falsch ist,
dass die privaten Postdienstleister
den Service public gefährden und
damit die gesunde und funktio-
nierende postalische Infrastruktur
der Schweiz.

Richtig ist vielmehr,
dass die KEP&Mail-Firmen wesentlich dazu beigetragen
haben, dass in der Schweiz das Gesamtangebot an
Postdienstleistungen im Interesse von Firmen- und
Privatkunden attraktiver wurde. Damit haben sie
die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz
gestärkt. Sie sind in der ganzen Schweiz tätig und leisten
durch unternehmensinterne Quersubventionierungen
im Interesse ihrer Kunden selbst einen direkten
Beitrag zur Grundversorgung. Dies allerdings ohne jede
staatliche Monopolrente.